

BID - Medieninformation vom 09. Januar 2013

BID: Mietpreisbremse der SPD kann Mietern schaden

- **Deutschland braucht einen Strategieplan zum bezahlbaren Wohnen**
- **Die Umsetzung der energetischen Sanierung muss von Mietern und Vermietern gleichermaßen getragen werden**

Berlin – Heute wird die SPD bei ihrer Jahresauftaktklausur in Hannover ein Papier zum „Bezahlbaren Wohnen in der Sozialen Stadt“ beschließen. Das Papier enthält positive wie auch negative Impulse für den Wohnungsbau. Neben der Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger und der Förderung des genossenschaftlichen Neubaus wertet die BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland insbesondere die angekündigte harte Mietpreisbremse sowie die Neuregelung der Maklergebühren jedoch deutlich negativ.

„Letztendlich können die vordergründig sozialen Absichten der SPD, insbesondere die drastische Mietpreisbremse, den Mietern enorm schaden“, warnt Walter Rasch, Vorsitzender der BID und Präsident des BFW. Der Gewinn aus den Mieten gehe zum größten Teil in die Pflege und Entwicklung der Bestandsgebäude ein, die dem Mieter zu Gute kämen. Hier müsse es daher auch einen angemessenen Spielraum geben, um Investitionen zu ermöglichen. Auch in Hinsicht auf die demografische Entwicklung müsse weiterhin in den Bestand investiert werden, dazu bedürfe es entsprechender Mittel.

„Von der Immobilien- und Wohnungswirtschaft wird verlangt, sämtliche Gebäude in Deutschland zu sanieren, um dem globalen Klimawandel entgegenzuwirken, dies aber bitte zu erschwinglichen Preisen bei gleichzeitiger Schaffung von neuem Wohnraum in den Ballungsgebieten. Wie soll das bezahlt werden, wenn nicht auch über einen moderaten Anstieg der Mieten? Aktuell sind die gesetzlichen Anforderungen zur Energieeinsparung ausschließlich im hochpreisigen Segment für Bauträger noch rentabel. Werden die Mieten über die aktuell anstehende Verschärfung der schwarz-gelben Koalition zusätzlich gedeckelt, wird bald kaum jemand bereit sein, in die energetische Sanierung zu gehen“, erläutert Rasch. Auch über die von der SPD geplante Neuregelung der Maklergebühren sowie der Kappungsgrenzen werde am Ende keine einzige Wohnung mehr gebaut.

Trotz Neujahrseilan und Wahlkampfabsichten dürften nun keine voreiligen Beschlüsse gefasst werden. „Wir brauchen jetzt ein für alle Seiten gut ausgearbeitetes Strategiepapier zum bezahlbaren Wohnen in Deutschland“, fordert der BID-Vorsitzende. „Statt Kosten von A nach B zu verschieben, müssen wir uns überlegen, wie das Wohnen in Deutschland für alle Menschen gleichermaßen bezahlbar bleibt“, so Rasch weiter.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info.

Geschäftsführender Verband:

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.
Kurfürstendamm 57
10707 Berlin

www.bid.info

Ansprechpartner:
Dennis Beyer
Pressesprecher

Tel. +49 (0)30 32781 - 110
Fax +49 (0)30 32781 - 299

E-Mail: presse@bid.info

www.bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der
Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland
IVD
Bundesverband der
Immobilienberater, Makler,
Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher
Pfandbriefbanken (vdp)

VGF
Verband Geschlossene Fonds

ZIA
Zentraler Immobilien Ausschuss